

Frey, Bruno S.

Working Paper

Zur gegenseitigen Einwirkung von Politik und Wirtschaftswachstum

Diskussionsbeiträge, No. 7

Provided in Cooperation with:

Department of Economics, University of Konstanz

Suggested Citation: Frey, Bruno S. (1971) : Zur gegenseitigen Einwirkung von Politik und Wirtschaftswachstum, Diskussionsbeiträge, No. 7, Universität Konstanz, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Konstanz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/78152>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ZUR GEGENSEITIGEN EINWIRKUNG VON
POLITIK UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

BRUNO S. FREY

September 1971

Diskussionsbeiträge
des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften
der Universität Konstanz

Nr. 7

ZUR GEGENSEITIGEN EINWIRKUNG VON
POLITIK UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM*

Bruno S. Frey
Universität Konstanz

I. EINLEITUNG

1. Der Zwang zur Berücksichtigung politischer Elemente

In den Jahren, in denen das Wirtschaftswachstum ein Politikum ersten Ranges darstellte, wurden immer wieder Argumente vorgebracht, warum Wachstum erstrebenswert sei. Am häufigsten wurde genannt:¹⁾

- (a) Wachstum ist für den Gewinn des ideologischen Wettlaufs mit dem Osten notwendig;
- (b) Wachstum ist Voraussetzung für Vollbeschäftigung;
- (c) Wachstum ermöglicht Entwicklungshilfe und die Erfüllung von notwendig erachteten Staatsaufgaben;
- (d) Wachstum erhöht den privaten Lebensstandard.

An dieser Liste muß erstaunen, daß die meisten dieser Argumente primär politischer Natur sind. Es wäre nun naheliegend zu vermuten, daß die Theorie diese Behauptungen auf ihren theoretischen und empirischen Gehalt überprüft hätte.

Auch aus einem anderen Grund ließe sich eine Einbeziehung politischer Elemente in die Wachstumstheorie erwarten. Seit jeher ist bekannt, und die alltägliche Erfahrung bestätigt es offensichtlich, daß politische Faktoren das Wachstum entscheidend beeinflussen und daß umgekehrt das Wachstum wiederum

* Ich bin Dr. Hermann Garbers und lic.rer.pol. Werner Pommerehne für die Durchsicht des Manuskripts dankbar.

1) Vgl. z.B. WILSON 1963; BOMBACH 1965; OECD 1966, S.7; PREISER 1967; SAMUELSON 1967, S. 761

auf den politischen Sektor einwirkt. Eine Theorie des Wachstums, die sich nur auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt, muß bei dessen Erklärung, Prognose und wirtschaftspolitischen Beeinflussung scheitern.

2. Der Beitrag der Wachstumstheorie

Die Erwartungen über die Einbeziehung politischer Elemente in die Wachstumstheorie erfüllen sich jedoch nicht. Im Gegenteil: die bestehende Wachstumstheorie ist völlig apolitisch. In der gesamten riesigen Literatur wird weder diesen politischen Argumenten für Wachstum noch der Interdependenz zwischen Politik und Wachstum die geringste Beachtung geschenkt; schon gar nicht in formalen Modellen.¹⁾

Zur Hauptsache ist diese Vernachlässigung wohl auf drei Gründe zurückzuführen:

- (a) Fälschlicherweise wird noch immer die Ansicht vertreten, daß der politische Bereich nicht zum Gegenstand der ökonomischen Theorie gehöre. Diese Auffassung übersieht, daß das Instrumentarium und die Denkweise der Wirtschaftstheorie auch auf nichtökonomische Bereiche angewandt werden können und daß gerade bei der Anwendung auf die Politik große Fortschritte erzielt worden sind.
- (b) Die Wachstumstheorie hat sich mit der Analyse der Existenz, Stabilität und Eindeutigkeit der Gleichgewichte expandierender

1) Eine Durchsicht etwa folgender Literatur, die wohl unbestritten den heutigen akzeptierten Stand der Wachstumstheorie wiedergibt, genügt zum Beweis dieser Behauptung.

Lehrbücher:

VOGT 1968; SOLOW 1970;

ROSE 1971; WAN 1971.

Übersichtsaufsätze: HAHN/MATTHEWS 1964; BOMBACH 1965.

Aufsatzsammlungen: KÖNIG 1968; STIGLITZ/UZAWA 1969;
SEN 1970.

Wirtschaften ein derart abstraktes Ziel gesetzt, daß kein Interesse für realistischere Fragestellungen besteht.

- (c) Die herrschende Wirtschaftstheorie ist fast ausschließlich eine Theorie des Preissystems. Die Verbindung mit anderen Entscheidungssystemen ist sowohl gedanklich als auch modelltheoretisch schwierig.

3. Andere Beiträge

In der Entwicklungstheorie finden sich bereits erheblich mehr Hinweise auf die Bedeutung politischer Faktoren.¹⁾ Oft handelt es sich jedoch um Beschreibungen und weniger um theoretische Analysen, aus denen sich überprüfbare Hypothesen ableiten ließen.

Auch andere Wissensgebiete (Politologie, Soziologie) haben sich mit der Beziehung zwischen Wachstum und Politik beschäftigt; es existiert jedoch kein geschlossenes Gedankengebäude. Insbesondere haben diese Arbeiten keinerlei Wirkung auf die bestehende Wachstumstheorie ausüben können.

4. Aufbau der Arbeit

Dieser Aufsatz befaßt sich mit der gegenseitigen Abhängigkeit von Wachstum und Politik. "Politik" wird hier in einem engen Sinn verstanden, nämlich als das Handeln des Staates oder (noch enger) der Regierung. Dabei wird vorwiegend die Situation in entwickelten Ländern betrachtet, für die ja auch die moderne Wachstumstheorie gedacht ist. Im Laufe der Diskussion ergeben sich auch Bezüge zu den eingangs genannten politischen Argumenten für Wachstum.

1) z.B. LEWIS 1956, S. 423-472; SPENGLER 1960.

Im ersten Teil wird eine Übersicht über die bestehenden Ansätze gegeben, wobei aber keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird. Im Abschnitt II werden die Beiträge aus der Wachstumstheorie und im Abschnitt III aus der "ökonomischen Theorie der Politik" diskutiert. Der Abschnitt IV befaßt sich mit einem speziellen, aber wichtigen Thema, dem Einfluß des Wachstums auf die politische Stabilität.

Im zweiten Teil werden weiterführend einige eigene Überlegungen zu weiteren Ansatzmöglichkeiten angestellt. Abschnitt V handelt vom Zusammenhang zwischen Konflikt und Wachstum, und im Abschnitt VI wird schließlich ein interdependentes Modell von Regierung und Wachstum entwickelt.

Der betrachtete Themenkreis könnte zu Recht auch als "Politische Ökonomie des Wachstums" bezeichnet werden. Allerdings ist dieser Begriff im Laufe der Zeit auf die marxistische Wirtschaftslehre eingengt worden. Erstaunlicherweise findet sich jedoch auch dort fast keine Analyse der politischen Aspekte des Wachstums im hier verstandenen Sinn¹⁾. Selbst wer den Staat als reinen Agenten der Kapitalisten ansieht, müßte in concreto aufzeigen, durch welche Mechanismen dieser totale Einfluß ausgeübt wird und welcher Zusammenhang mit dem Wachstum besteht. Auch die "neo-marxistische" Kapitaltheorie²⁾ glaubt (wiederum im Vergleich zum hier verstandenen Sinn) oft etwas vorschnell, eine politische Theorie zu begründen, sobald sie nur der Neo-neo-Klassik einen Fehler nachzuweisen vermeint.

1) Vgl. etwa BARAN 1966; BARAN and SWEEZY 1968.

2) Vgl. BHADURI 1969; HARCOURT 1970; RIESE 1970.

ERSTER TEIL: BESTEHENDE ANSÄTZE

II. BEITRÄGE IM RAHMEN DER WIRTSCHAFTSTHEORIE

1. Der Einfluß staatlicher Parameter auf das Wachstum

Diese meist von Finanzwissenschaftlern stammenden Ansätze¹⁾ sind gut bekannt und brauchen daher hier nicht ausführlich diskutiert zu werden²⁾.

Der Staat wird in die übliche Wachstumstheorie eingebaut, indem durch zusätzliche Parameter die Wirkungen von Steuern und Staatsausgaben zu erfassen gesucht werden. Die entstehende Veränderung der Wachstumsrate des realen Sozialprodukts wird meist durch ein (tautologisiertes) Harrod-Domar Modell beschrieben. Neben den Kapitalkoeffizienten für den privaten Sektor tritt einer für den öffentlichen Sektor, wodurch ausgedrückt werden soll, daß die staatlichen Investitionen vorwiegend in Bereichen mit überdurchschnittlich langer Lebensdauer und damit hohem Kapitalkoeffizienten erfolgen.

Dieser Ansatz ist jedoch fragwürdig, weil der größte Teil des öffentlichen Kapitalstocks Leistungen produziert, die gegen geringes oder gar kein Entgelt abgegeben werden. Die Leistungen werden also durch das Preissystem nicht adäquat erfaßt. Rein formal betrachtet führen daher solche staatlichen Investitionen zu keiner zusätzlichen Kapazität: der marginale Kapitalkoeffizient ist unendlich groß.

In Wirklichkeit führen die öffentlichen Investitionen gerade in die Infrastruktur (wie Verkehr,

1) Als einer der ersten Ansätze vgl. GURLEY 1953. Unter den deutschsprachigen Autoren LITTMANN 1957; HESSE 1961; WITTMANN 1965; WEBER 1967; RAMSER 1969.
2) Vgl. die Übersichten bei VOSGERAU 1970 und bei R.L. FREY 1970, Kap. 4.

Ausbildung, Forschung, Gesundheit) zu indirekten Auswirkungen außerhalb des Preissystems..In einigen Modellen¹⁾ wird berücksichtigt, daß diese marktexternen Effekte die Kapitalproduktivität des privaten Sektors beeinflussen. Je besser eine Wirtschaft mit Infrastrukturkapital ausgerüstet ist, desto kleiner ist der private Kapitalkoeffizient.

Die finanzwissenschaftlichen Ansätze bleiben jedoch im ganzen unbefriedigend. Die zusätzlich eingeführten Parameter (wie staatliche Einnahmen- und Ausgabenquoten) werden auf ein gewöhnliches Wachstumsmodell aufgepfropft, ohne daß dadurch ein wirklich neues Element eingeführt würde. Ein solches Vorgehen erlaubt bestenfalls die Erfassung einiger Wirkungen staatlichen Handelns auf das Wachstum. Dessen wesentliches Merkmal, nämlich die politische Entscheidungsbildung, bleibt außerhalb der Betrachtung. Notwendig wäre also eine explizite Diskussion außermärklicher Prozesse, wobei zu zeigen wäre, daß sie das Wachstum auf andere Weise als das Preissystem beeinflussen.

1) z.B. TIMM 1963, R.L. FREY 1969.

2. Der Einfluß politischer Faktoren auf das Wachstum: zwei Modelle

Kürzlich sind zwei Modelle entwickelt worden, die den Zusammenhang zwischen Politik und Wachstum etwas weniger mechanistisch betrachten als die finanzwissenschaftlichen Beiträge, aber doch eine Weiterführung dieser Ansätze darstellen.

(a) Das Modell von HYMER und RESNICK (1969)

Die Autoren gehen von drei Charakteristiken von Regierungen unentwickelter Länder aus, die jedoch auch für andere Länder zutreffen:

- (i) Die Staatsausgaben haben eine produktive Wirkung auf andere Sektoren;
- (ii) Die Besteuerungsmöglichkeit durch den Staat ist beschränkt;
- (iii) Der Staat (die Regierung) besitzt eigene Präferenzen.

Wenn die Staatsausgaben das Wirtschaftswachstum nicht genügend stimulieren, so nehmen auch die Steuereinnahmen nicht weiter zu, und die wirtschaftliche Expansion muß aufhören, weil keine Impulse mehr vom Staat ausgehen. Um an der Macht bleiben zu können, muß die Regierung daher produktive Ausgaben tätigen, was zu Wachstum führt. Das formale Modell sieht folgendermaßen aus:

- (1) $G = R$ Die Staatsausgaben (G) entsprechen den Staatseinnahmen (R).
- (2) $X = F(g)$ Der private Outputvektor (X) ist eine (positive) Funktion des Vektors der einzelnen Staatsausgaben (g).
 $F' > 0, F'' < 0$
- (3) $R = t \cdot X$ Die Staatseinnahmen verlaufen proportional zur privaten Produktion, wobei der Steuerkoeffizient t nach oben begrenzt ist.

Aus diesen drei Gleichungen folgt, daß

$$(4) \quad G = t F(g),$$

d.h. daß die Staatsausgaben eine Funktion ihrer eigenen Zusammensetzung sind. Im einfachsten Fall können sie in konsumptive Ausgaben (g_0) und in solche mit einer direkt produktiven Wirkung auf den privaten Sektor (g_1) aufgeteilt werden.

$$(5) \quad G \equiv g_0 + g_1$$

Aus (4) und (5) ergibt sich für jedes g_0 eine Funktion zwischen G und g_1 :

$$(6) \quad G = \psi(g_1)$$

HYMER und RESNICK machen nun die Annahme, daß die Regierung die "unproduktiven" Ausgaben g_0 maximiere. In Fig. 1 werden in den Quadranten II, III und IV die Funktionen (1) - (3) abgetragen. Im ersten Quadranten ist das Ergebnis in Form von Gleichung (6) abgetragen. Die vertikale Differenz zur Geraden $G = g_1$ entspricht g_0 . Die Regierung wählt direkt produktive Ausgaben in der Größe von g_1^* , wodurch g_0 ein Maximum erreicht.

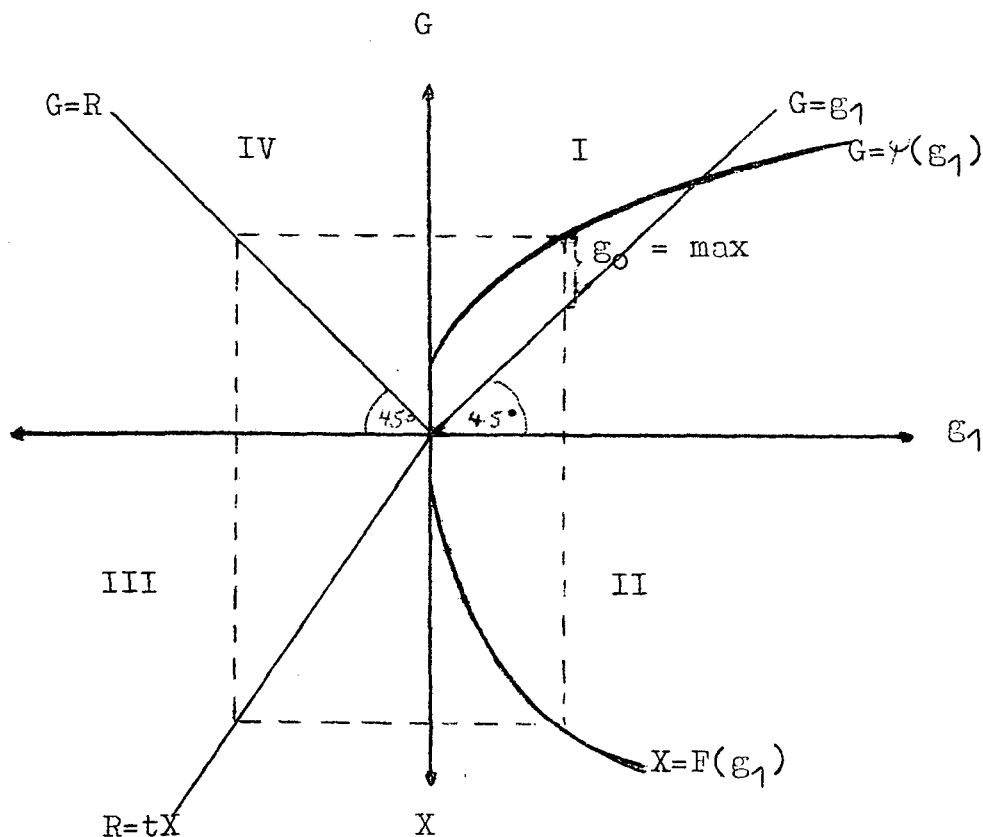


Fig. 1

Dieses Modell ist wenig überzeugend. Schon die erste Gleichung vernachlässigt die Möglichkeit, daß die Regierung Nachfrage ausüben kann, ohne daß vorher durch Steuern (oder Schuldenaufnahme) Kaufkraft entzogen wird. Gerade in den Entwicklungsländern werden Staatsausgaben häufig durch Notendruck finanziert.

Die Verhaltensannahme sollte offenbar wiedergeben, daß Regierungen ausschließlich Nutzen von "nicht-notwendigen" Ausgaben ableiten, also z. B. für Prestigebauten. Manch andere Annahme über das Regierungsverhalten wäre jedoch ebenso plausibel. HYMER und RESNICK selbst nehmen alternativ an, daß die Regierung ihre gesamte Größe (G) maximiere. Auch hier wird wiederum keine Begründung gegeben.

Das Modell stellt jedoch gegenüber den anderen Ansätzen insofern einen Fortschritt dar, als daß der Regierung ein eigenes Verhalten zugebilligt wird und explizit gezeigt wird, daß die von ihr betriebene Wachstumspolitik Rückwirkungen auf sie selbst hat.

(b) Das Modell von SEIERSTAD (1969)

Dieser Ansatz unterscheidet sich stark vom vorhergehenden in bezug auf die Art der untersuchten politischen Determinanten des Wachstums. SEIERSTAD versucht zu erfassen, welchen Einfluß die politische Mobilisation verschiedener sozialer Klassen ausübt. Er kommt zum Schluß, daß diejenigen (Entwicklungs)-Länder die größten Wachstumsanstrengungen unternehmen, in denen die breite Masse der Bevölkerung in einem gewissen Ausmaß politisch mobilisiert ist. Diese Folgerung zieht er aus einer statistischen Analyse mit Hilfe von folgendem einfachen Modell:

Die Wachstumsrate des Sozialprodukts ($g = \dot{X}/X$) setzt sich additiv zusammen aus "selbst-geschaffenen" Wachstum (s) und dem Wachstum aufgrund von Fremdkapital (F). (k ist der entsprechende Kapitalkoeffizient).

$$(1) \quad g = s + \frac{1}{k} \cdot \frac{F}{X}$$

Das "selbst-geschaffene" Wachstum ergibt sich aus der "Wachstumsanstrengung" (E , gemessen als Anteil der heimischen Investitionen am Sozialprodukt) und dem inländischen Kapitalkoeffizienten (c).

$$(2) \quad s = \frac{1}{c} \cdot E$$

Die "Wachstumsanstrengung" (E) wird durch die politischen Bedingungen (P) und das Prokopfeinkommen (X/N) bestimmt.

$$(3) \quad E = f(P) \left[a + b \cdot \frac{X}{N} \right]$$

Wie der Autor richtig sieht, hängt bei diesem einfachen Modell alles von der Messung von P ab. Er unterscheidet verschiedene Bevölkerungsgruppen, stellt für die verschiedenen Länder fest, welche dieser Gruppen politisch besonders aktiv ist und korreliert diesen Index mit den "selbst-geschaffenen" Wachstumsraten.

Es ist offensichtlich, daß dieser Ansatz spekulativ und einseitig ist und daß auch wegen der Meßprobleme den Ergebnissen nicht allzuviel Bedeutung beigemessen werden sollte. Immerhin hat auch eine andere quantitative Untersuchung festgestellt, daß die Einstellung der politischen Elite zum Wachstum ein wichtiger Faktor zur Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung ist [ADELMAN and MORRIS 1967]. Es handelt sich um einen interessanten Versuch, den Einfluß politischer Faktoren (außerhalb der Regierung)

auf das Wachstum zu erfassen. Notwendig wäre aber auch die Untersuchung der umgekehrten Beziehung, nämlich wie das Wachstum die politische Macht der verschiedenen Gruppen beeinflußt.

3. Politische Elemente in Wachstumsmodellen

In der orthodoxen formalen Wachstumstheorie (wie sie in der zweiten Fußnote definiert ist) bereitet es große Mühe, irgendwelche Elemente herauszuschälen, die - auch im weiten Sinne verstanden - als durch einen politischen Prozeß beeinflußt angesehen werden können. Erwähnt seien immerhin zwei Gedankengänge.

(a) Investitionen als öffentliches Gut

Die Gesellschaft als Ganzes wünscht eine höhere Investitionsquote als sie die (isolierten) Individuen festsetzen, wenn dem Überleben und dem Prestige des Landes in der Zukunft ein eigener Nutzen beigemessen wird. Beides kann durch einen höheren Kapitalstock in der Zukunft erreicht werden. Der Nutzen kommt aber allen Einwohnern zugute, gleichgültig, ob sie den dazu notwendigen Konsumverzicht selbst geleistet haben oder nicht. Derartige Investitionen sind also ein öffentliches Gut [SAMUELSON 1954], das in zu geringer Menge angeboten wird. Die Wahl der optimalen Investitionsquote kann daher (neben anderen Gründen) nicht dem Markte überlassen bleiben. Dieser Gedanke wurde in dieser oder ähnlicher Form von verschiedenen Autoren vorgebracht, so besonders durch SEN (1961) mit seinem "isolation paradox".

(b) Begrenzter Zeithorizont der Regierung

Die übliche Annahme in der Theorie des optimalen Wachstums ist die Nutzenmaximierung (aus dem Prokopfkonsum) über einen unendlichen Zeithorizont.¹⁾ Die Annahme eines Endzeitpunktes ist willkürlich, besonders da auch noch der zu erreichende Endkapitalstock auf irgendeine Weise bestimmt werden muß. Immerhin gibt es eine ganze Klasse von Modellen optimalen Wachstums ("Turnpike-Modelle"), in der diese Schwierigkeit einfach dadurch beseitigt wird, daß angenommen wird, der Zeithorizont und der Endkapitalbestand seien "von außen" gesetzt (dieses Vorgehen wird durchweg exemplifiziert bei SHELL 1967).

Auch die Annahme eines unendlichen Zeithorizonts erscheint jedoch als fragwürdig, weil - nach INAGAKI (1971) - eine "Gesellschaft von Unsterblichen" unterstellt wird. In Wirklichkeit gibt es überlappende Generationen mit jeweils endlichen Horizonten. Der genannte Autor führt das Konzept einer "augenblicklichen Regierung" (instantaneous government) ein, die über einen endlichen Zeithorizont verfügt, der sich aber mit fortschreitender Zeit ständig verschiebt. Mit dieser Annahme (sowie, daß die Zukunft nicht diskontiert wird) errechnet er (S. 70) eine optimale Sparquote für die Vereinigten Staaten von 15 - 18 %, was höher ist als die bestehende (von 10,5 %), aber tiefer als bei unendlichem Zeithorizont (wo die Goldene Nutzen-Investitionsquote 33 % beträgt).

Dieser Ansatz ist gegenüber den bisherigen Modellen ein Fortschritt, weil er materielle Überlegungen über den Zeithorizont einschließt, und

1) Vgl. z.B. KOOPMANS 1967; SOLOW 1970, Ch.5; B.S. FREY 1970; ROSE 1971, S..119/20.

dabei der Regierung (oder dem politischen Prozeß) eine Rolle zukommt. Jedoch wird die Regierung in einer derart verkümmerten Form eingeführt, daß nicht viel gewonnen wird. Das Konzept des "instantaneous government" ist rein formaler Natur. Überdies bleibt fraglich, welche normative Bedeutung der begrenzte Zeithorizont der Regierung für die Gesellschaft als Ganzes hat. Liegt nicht gerade hier ein durch die politischen Institutionen bedingter Mangel an Weitsichtigkeit vor, der von der Gesellschaft nicht übernommen, sondern im Gegenteil überwunden werden sollte?

III. BEITRÄGE IM RAHMEN DER ÖKONOMISCHEN THEORIE DER POLITIK

1. Einleitung

Die ökonomische Theorie der Politik hat fast im gleichen Jahr ihren entscheidenden Beitrag erhalten [DOWNS 1957] wie die Wachstumstheorie [SOLOW 1956]. Während aber letztere einen raschen Aufschwung nahm, das dominierende Gebiet der 60er Jahre war, aber auch schon ihr Ende angekündigt wird,¹⁾ ist erstere viel gleichmäßiger gewachsen. Die ökonomische Theorie der Politik wendet das wirtschaftstheoretische Instrumentarium auf politische Prozesse an.²⁾ Einige Beiträge haben sich auch mit dem Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Politik befaßt; manche können jedoch hier nur gestreift werden.

2. Nationalismus und Wachstum

Nationalismus hat eine doppelte Funktion [JOHNSON 1965]: zum einen dient er als Kristallisationspunkt zur Mobilisierung von Ressourcen, die Wachstum erzeugen können, zum anderen führt er zu einer Fehlallokation von Ressourcen (z.B. durch Überbetonung der Industrialisierung, des Aufbaus von Prestige-Sektoren etc). Ein nationalistisches Land substituiert also zu einem gewissen Ausmaß Realeinkommen für psychisches Einkommen (Nationalstolz u.ä.). Wenn die Entwicklungstendenzen eines Landes schlecht aussehen, kann der Nationalismus für dessen politische Führung der einzige Weg sein, das Realeinkommen (in diesem erweiterten Sinne) zu steigern, um damit an der Macht zu bleiben. Aus er-

1) Vgl. etwa MISHAN 1969; RIESE 1970.

2) Vgl. die Übersichten von B.S. FREY 1970a; BARRY 1970; TAYLOR 1971.

sten kleinen Schritten kann sich dabei eine kumulative Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ergeben, wenn Nationalismus zu vermindertem Wachstum und dieses wiederum zu mehr Nationalismus führt. Dieser Ablauf hat sich für einzelne Länder tatsächlich ergeben.¹⁾

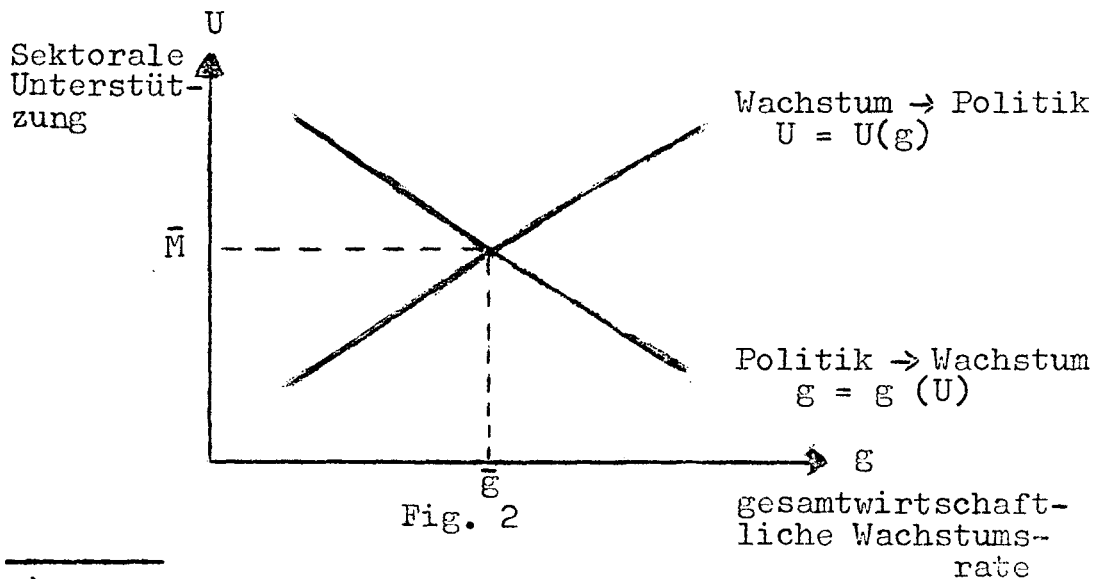
3. Wirtschaftsstruktur und politische Unterstützung

Eines der Hauptergebnisse der ökonomischen Theorie der Politik [insbesondere bei DOWNS 1957, 1960] lautet, daß sich die Produzenten gegenüber den Konsumenteninteressen durchzusetzen vermögen. Der Grund liegt darin, daß die Regierung ihre Stimmzahl erhöhen kann, indem sie die speziellen Anliegen einzelner Produzenten fördert (z.B. durch Subventionen und Importzölle), wegen der geringen Auswirkung auf die große Zahl von Konsumenten aber weniger Stimmen verliert. Die Konsumenten realisieren die für sie negativen Folgen nicht, oder sie sind so gering, daß sich eine Verhaltensänderung (Unterstützung einer anderen Partei) nicht lohnt. Wenn aber alle Produzenteninteressen auf Kosten der Konsumenten gefördert würden, würden die Auswirkungen für die Konsumenten spürbar werden, und es würde eine politische Reaktion gegen die Regierung einsetzen. Diese wird daher nur ausgewählte Produzentengruppen unterstützen, von denen sie starke politische Förderung erwartet. Dies trifft für Sektoren mit unterdurchschnittlich wachsender Nachfrage und großer Beschäftigung zu [BERNHOLZ 1966] : Wegen der begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten sind die dort befindlichen Mänger, Arbeitnehmer und Kapitalgeber zur Erhöhung ihres Realeinkommens auf den politischen Mechanismus angewiesen und sind dafür bei einer Begünstigung durch die Regierung bereit, diese zu unterstützen. Ein Hinweis auf die Landwirtschaft genügt, um den Realismus dieser Analyse aufzuzeigen.

1) Vgl. die Fallstudien bei JOHNSON 1967.

BERNHOLZ beschäftigt sich nur mit diesem Einfluß unterschiedlicher sektoraler Wachstumsraten auf die Politik, jedoch sollte auch der umgekehrte Einfluß beachtet werden. Die staatliche Unterstützung langsam wachsender Sektoren vermindert die Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft unter das sonst mögliche Niveau. Wenn die Nachfrageexpansion der einzelnen Sektoren durch konstante Einkommenselastizitäten mit dem Gesamtwachstum verknüpft sind, sinken dadurch die Wachstumsunterschiede zwischen den Sektoren,¹⁾ was cet. par. zu einer gleichmäßigeren Förderung der einzelnen Sektoren durch die Regierung und insgesamt zu geringeren sektoralen Eingriffen führt. Dadurch wird das Wachstum gefördert.

Diese gegenseitige Abhängigkeit läßt sich am besten grafisch zeigen (Fig. 2).



1) Dies läßt sich einfach zeigen:

$$\left. \begin{array}{l} \epsilon_{N_1} = \epsilon_1, g \\ \epsilon_{N_2} = \epsilon_2, g \end{array} \right\} \begin{array}{l} \epsilon_{N_i} = \text{Wachstumsrate der Nachfrage} \\ \text{des Sektors } i = 1, 2. \\ g = \text{Wachstumsrate der Gesamt-} \\ \text{wirtschaft} \end{array}$$

Angenommen $\epsilon_1 = 0,5$, $\epsilon_2 = 2$, so ergeben sich bei verschiedenen Wachstumsraten von g folgende Differenzen zwischen den sektoralen Wachstumsraten:

g	ϵ_{N_2}	ϵ_{N_1}	$\epsilon_{N_2} - \epsilon_{N_1}$
10 %	20 %	15 %	15 %
5 %	10 %	2,5 %	7,5 %
0 %	0 %	0 %	0 %

Die Kurve mit positiver Steigung beschreibt, wie eine Zunahme des Gesamtwachstums (g) eine Verstärkung der Unterstützung langsam wachsender Sektoren (U) hervorruft. Die Kurve mit negativer Steigung stellt dar, wie eine vergrößerte staatliche Intervention in die Wirtschaftsstruktur die Expansion der Wirtschaft hemmt. Der Schnittpunkt zeigt, daß im (stabilen oder labilen) Gleichgewicht einer bestimmten Wachstumsrate eine entsprechende Intensität sektoraler Eingriffe entspricht. Im Ungleichgewicht wechseln Phasen mit langsamem und schnellem Wachstum und mit wenig und viel Intervention sich ab, so daß sich Zyklen ergeben.

4. Der politische Wachstumszyklus

Der soeben erwähnte Zusammenhang zwischen Wachstumsschwankungen und politischen Eingriffen ist in der Wirklichkeit verschiedentlich beobachtet worden,¹⁾ wobei jedoch die kausalen Begründungen sich teilweise stark voneinander unterscheiden.

So wird etwa argumentiert [KALECKI 1943], daß in der Depression teilweise auf Druck der Massen öffentliche Investitionen durchgeführt werden. Wenn diese Methode aber zu längerer Vollbeschäftigung führt, so bildet sich eine Koalition zwischen dem Big Business und den Rentiers. Erstere fürchten, daß ihnen die Arbeiter außer Kontrolle geraten und möchten ihnen "eine Lektion" erteilen, während letztere durch die mit der Vollbeschäftigung einhergehende Inflation geschädigt werden. Auf den Druck dieser Koalition hin wird die Regierung ihr Budgetdefizit beseitigen, so

1) ÅKERMAN 1947; BEAN 1948; STOKES and IVERSEN 1962; CARLSSON 1965; SELLERS 1965; LINDBECK 1970; SNYDER 1970.
Der politische Konjunktur- oder Wachstumszyklus ist besonders in England ausgeprägt: DCW 1970, insb. S. 384; PREST 1968; GOODHART and BHANSALI 1970, S. 46.

daß wieder eine Depression folgt. Derartige abrupte Variationen der Nachfrage hemmen das Wachstum [vgl. z.B. MADDISON 1964, Ch. IV].

Eine andere Erklärung setzt an den Wahlperioden an.¹⁾ Die Regierung braucht nicht zu jedem Zeitpunkt ihre Stimmen zu maximieren (wie DOWNS unterstellt), sondern braucht nur zum Wahlzeitpunkt genügend Stimmen auf sich zu vereinigen, um die Opposition zu schlagen. Infolgedessen ist es ihr besonders am Anfang einer Wahlperiode durchaus möglich, ihre eigenen ideologischen Anschauungen - auch wenn sie wenig populär sind - in die Tat umzusetzen. Sie wird diese Politik umso länger durchführen können, je schneller die Wähler die Vergangenheit vergessen (diskontieren). Schon ab Mitte der Wahlperiode muß die Regierung sich bei den Wählern populär zu machen suchen, indem sie von ihrer eigenen Ideologie abgeht und vermehrt Maßnahmen durchführt, die Stimmengewinne einbringen. Je stärker sich die ideologischen Ansichten der regierenden Partei von den Wählerpräferenzen unterscheiden, desto deutlicher ist der entstehende "politische Wachstumszyklus".

Praktisch sieht dieser Zyklus oft folgendermaßen aus: etwa zwei Jahre vor der Wahl wird die Wirtschaft gebremst, so daß zuerst die Arbeitsproduktivität stark nachläßt und gleichzeitig die Gewerkschaften ihre Forderungen mäßigen. Da die Unternehmungen keine lange Rezession zu befürchten brauchen, wird eine große Anzahl von Arbeitskräften gehortet. Etwa ein Jahr vor den Wahlen wird die Politik umgekehrt. Der entstehende Aufschwung vollzieht sich wegen der wieder produktiv eingesetzten Arbeiter bei überdurchschnittlich raschem Anstieg der Arbeitsproduktivität. Der Lohnlag verhindert, daß die Kosten pro Produkteinheit steigen, so daß die Preise (relativ) stabil bleiben. Da Vollbeschäftigung, Preissta-

1) B.S..FREY und LAU 1968; LAU und B.S. FREY 1971.

bilität und rasches Wachstum sich gleichzeitig und genügend kurz vor den Wahlen einstellen, garantiert diese bewußte Herbeiführung von Wachstumsschwankungen die beste Chance zur Wiederwahl.

5. Wachstum, Infrastruktur und Politik

Auch längerfristige Wachstumszyklen lassen sich durch ein politisch-ökonomisches Modell erklären, in dem die durch politische Prozesse bestimmte Infrastruktur im Zentrum steht [B.S. FREY 1968]. Solange die Infrastruktur reichlich vorhanden ist (Überkapazität), wächst die Wirtschaft rasch und ohne namhaften Preisanstieg, so daß die Wähler mit der Regierung zufrieden sind. Wegen der hohen Stimmzahlen sieht sie keine Veranlassung, hohe Infrastrukturausgaben zu tätigen.

Sobald jedoch die Kapazität der Infrastruktur voll ausgelastet wird, beginnt die private Kapitalproduktivität zu sinken. Das Wachstum vermindert sich, und die Preise beginnen (rascher) zu steigen. Die Wähler werden deswegen mit der Regierung unzufrieden. Diese kann aber ihre bisher verfolgte Infrastrukturpolitik nicht frontal ändern, weil sie dadurch gegenüber ihren Wählern eingestehen würde, ihre Pflichten in der Vergangenheit versäumt zu haben.

Die Opposition wird hingegen durch die Vergangenheit nicht belastet und kann daher eine klare Alternative bieten - nämlich mehr Infrastruktur. Wähler beginnen zu ihr überzulaufen, bis sie schließlich die Wahlen gewinnt. Die neue Regierungspartei unternimmt aber nun soziale Infrastrukturprojekte, so daß die laufenden Bedürfnisse schließlich überschritten werden. Das Infrastrukturproblem verliert dann seine politische Bedeutung, und damit erhält auch die ursprüngliche Regierungspartei wieder eine Chance zum Wahlgewinn. Der Anfangszustand des Modells ist wieder erreicht.

Dieser Ansatz ist sehr spekulativ; sein Hauptzweck ist jedoch der, das Zusammenwirken verschiedener Entscheidungssysteme im längerfristigen Wachstum aufzuzeigen. In bezug auf das Verhalten der Regierung wird eine ungewöhnliche Annahme getroffen. Die Regierung ist kein "Maximierer", sondern verhält sich nach dem "Gesetz der Trägheit": solange alles gut geht, wird die Politik nicht verändert, auch wenn dies langfristig schaden kann.

IV. DER EINFLUSS DES WACHSTUMS AUF DIE POLITISCHE STABILITÄT

1. Fragestellung

Bei der Diskussion des Zusammenhangs zwischen Wachstum und Politik ist eine der interessantesten Fragen, ob die wirtschaftliche Entwicklung die bestehende politische Herrschaft zu verstärken oder im Gegenteil zu verändern tendiert. Die möglicherweise herbeigeführten politischen Änderungen können von einer gewaltsamen Revolution über einen demokratischen Regierungswechsel zu bloßen Verschiebungen in den Stimmanteilen oder sogar in den Popularitätsindices (à la Allensbach oder Gallup) reichen.

Die aufgeworfene Frage ist auch in bezug auf die eingangs genannten politischen Argumente für Wachstum wichtig. Eine der wohl wichtigsten Gründe für die westliche Entwicklungshilfe besteht darin, daß wirtschaftliche Entwicklung die Tendenz zu Revolutionen (kommunistischer Art) vermindert. Es wird meist als selbstverständlich unterstellt, daß dies in der Tat der Fall ist.

2. Theoretische Analysen

In der Literatur gehen jedoch die Ansichten über den Zusammenhang zwischen Wachstum und politischer Stabilität weit auseinander. Es lassen sich drei Meinungen unterscheiden:

(a) Wachstum fördert die politische Stabilität

Das Korrelat dazu ist, daß Stagnation oder gar Krisen die politische Stabilität bedrohen und sogar zu Revolutionen führen..Dies ist die Ansicht von MARX, wird aber auch in der modernen Literatur häufig vertreten.¹⁾

1) z.B. LIPSET 1959; COLEMAN 1960; HAGEN 1962; B.S. FREY 1968; A. and R. BRETON 1969; CHADWICK 1970.

(b) Wachstum führt zu politischer Instabilität

Der bekannteste Verfechter dieser Ansicht ist TOCQUEVILLE, sie hat aber auch in der Gegenwart Anhänger.¹⁾

Besonders bemerkenswert sind die Theorien von zwei Ökonomen: Danach sind sowohl vorindustrielle als auch hochindustrialisierte Länder wegen der sozialen Stabilität gegen Revolutionen recht immun. Schwierigkeiten ergeben sich erst bei raschem Wachstum. Die alte Sozialordnung wird durch das Auftreten neuer Schichten (wie Unternehmer, Proletarier und berufsmäßige Politiker) gestört und neuer Reichtum wird unmittelbar mit neuer Armut konfrontiert [LEWIS 1963]. Die "nouveaux riches" sind zwar wirtschaftlich besser gestellt als früher, sind aber gesellschaftlich ebenso entwurzelt wie die "nouveaux pauvres", deren wirtschaftliche Not noch kaum durch die Sozialversicherung gelindert wird. Hinzu kommt, daß die anfängliche Wachstumsphase durchaus eine Verminderung des Lebensstandards für eine Mehrheit der Bevölkerung bringen kann, weil auch die Investitionsquote angestiegen ist [OLSON 1963].

Was eine Einkommenssteigerung durch Entwicklungshilfe betrifft, läßt sich modellmäßig unter durchaus realistischen Annahmen ableiten, daß das empfangende Land im Gleichgewicht sich politisch nicht etwa dem Geberland nähert, sondern im Gegenteil sich davon entfernt [HIRSCHMAN 1964]. Ein anderes Modell teilt die Wirkung von Entwicklungshilfe in zwei Effekte auf: zum einen werden die Präferenzen der Bevölkerung (in nicht vorhersehbarer Richtung) verändert, zum anderen entsteht ein Einkommenseffekt. Dieser begünstigt jedoch nicht nur das Geberland, sondern ermöglicht auch der Opposition (den Rebellen) mehr

1) z.B. BRINTON 1938; HOFFER 1951

Ressourcen durch Besteuerung an sich zu ziehen und/oder höhere Preise für die Nichtbelästigung zu fordern. Unter den heute geltenden Umständen ist der Nettoeffekt derart, daß Entwicklungshilfe die Revolutionswahrscheinlichkeit eher erhöht [LEITES and WOLF 1970]¹⁾.

(c) Wachstum kann sowohl die politische Stabilität stärken als auch vermindern

Eine ganze Reihe von Theorien weist den Erwartungen eine bedeutende Rolle zu. Je nach dem Verhältnis zwischen tatsächlichem Wachstum und den darüber gehegten Erwartungen sind verschiedene Wirkungen auf die politische Stabilität möglich. Eine revolutionäre Situation wird typischerweise erst erreicht, wenn durch eine längere Wachstumsphase Erwartungen über eine fortgesetzte Verbesserung des Lebensstandards geweckt werden, das tatsächliche Wachstum aber dann kurzfristig abbricht [DAVIES 1962]. Eine revolutionäre Situation - oder in einer Demokratie eine Änderung der Partei an der Macht - ist auch denkbar, wenn die Erwartungen sich erst allmählich an das tatsächliche Wachstum angleichen, dann aber jenes überholen, weil es sich verlangsamt.

3. Empirische Untersuchungen

(a) Das Modell von DAVIES

Dieses Modell ist verschiedentlich auf seinen empirischen Gehalt untersucht worden. Der Autor selbst hat es u.a. für die französische und die amerikanische Revolution als zutreffend angesehen. Die Hypothese, wonach Revolu-

1) Die beiden Autoren führen auch empirische Beobachtungen an. Z.B. gab es in Watts 1965 einen Aufstand, obwohl dieser Stadtteil im Vergleich zu anderen Siedlungen von Schwarzen eindeutig wirtschaftlich besser gestellt war (vgl. S.17/18).

tionen umso länger dauern und umso mehr Opfer fordern, je größer die (positive) Differenz zwischen Erwartungen und tatsächlicher Entwicklung ist, bestätigt sich für das Paradebeispiel von Kuba (Revolution vom Juli 1953) und für die asiatischen Revolutionen in der Periode 1955 bis 1960 [TANTER and MIDLARSKY 1967].

(b) Untersuchungen für demokratische Industriestaaten¹⁾

Schon seit längerer Zeit liegen Untersuchungen vor, in denen durch Korrelationsanalyse der Zusammenhang zwischen dem Stimmenanteil der herrschenden Partei und wirtschaftlichen Variablen getestet wurde.²⁾ Die Ergebnisse sind nicht eindeutig, was allerdings auch auf die unzulänglichen Daten und die statistische Methodik zurückgeführt werden kann.

Kürzlich sind jedoch verschiedene Beiträge erschienen, die einige dieser Mängel überwinden [Zur Kritik vgl. jedoch B.S. FREY und GARBERS 1971]. Für die Kongreßwahlen in den Vereinigten Staaten bis zurück nach 1896 erwies sich die Wachstumsrate des Prokopfeinkommens als signifikante Variable zur (statistischen) Erklärung der Veränderungen der Stimmenanteile der beiden Parteien [KRAMER 1971]. Ein ähnlicher Versuch für das Vereinigte Königreich zur Erklärung der monatlichen Popularitätsziffer der regierenden Partei erbrachte hingegen

-
- 1) Auf empirische Studien für Entwicklungsländer wird hier nicht eingegangen. Vgl. z.B. ADELMAN and MORRIS 1968, die eine positive Beziehung zwischen politischer Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung feststellen (S. 1191).
- 2) Vgl. z.B. BEAN 1940 und 1948; OGBURN and COOMBS 1940; AKERMAN 1947; PEARSON and MYERS 1948; WILKINSON and HART 1950; DAVIES 1954; REES, KAUFMAN, ELDERSVELD and FREIDEL 1962; MUELLER 1970.

keinen signifikanten Beitrag der Wachstumsrate [GOODHART and BHANSALI 1970]. Das gleiche gilt für eine Untersuchung für die Bundesrepublik mit monatlichen Popularitätsindices (des Instituts für Demoskopie in Allensbach), in der wegen der fehlenden kurzfristigen Sozialproduktswerten Produktionsziffern verwendet werden mußten. Es ergab sich dabei, daß die Wähler nur auf Verschlechterungen in den wirtschaftlichen Variablen reagieren, wenn diese eine Reaktionsschwelle überschreiten [B.S. FREY und GARBERS 1972].

Wenn die Wachstumsraten starke Schwankungen aufweisen, z.B. die Wirtschaft in eine Depression gerät, sind durchaus Reaktionen der Wähler zu erwarten. Eine Untersuchung hat in der Tat nachgewiesen, daß der Untergang der Weimarer Republik und der Anstieg der NSDAP-Stimmen eng mit der Wirtschaftskrise verbunden sind [KALTEFLEITER 1968].

ZWEITER TEIL: ÜBERLEGUNGEN ZU WEITEREN
ANSATZMÖGLICHKEITEN

V. KONFLIKT UND WACHSTUM

1. Konfliktlösung im Wachstum

Wirtschaftliche Konflikte lassen sich viel einfacher lösen, wenn eine Wirtschaft wächst, weil im Prinzip jeder Partei mehr gegeben werden könnte, also eine Lösung zum Vorteil aller möglich ist. In einer Wirtschaft ohne Wachstum ist dieser Weg verbaut: der Konflikt ist ein Nullsummenspiel, d.h. was einer Partei gegeben wird, muß notwendigerweise jemand anderem fortgenommen werden [BOULDING 1970 , S..84 ff.].

Diese Überlegung berücksichtigt zu wenig, daß Konflikte nicht durch reale Faktoren (wie Wirtschaftswachstum) entstehen, sondern erst durch Ansprüche, die sich gegenseitig ausschließen. Entscheidend ist die Form oder Definition der Ansprüche an das Sozialprodukt, wie sie etwa aus der Auseinandersetzung um die Einkommensverteilung oder der Verteilung zwischen privaten und öffentlichen Ausgaben herrühren. Wenn die Ansprüche an das Sozialprodukt als absolutes Niveau definiert werden (z.B. als Lohnsatz oder gesamte staatliche Ausgaben), kann in der Tat eine Vergrößerung des Sozialproduktes den Konflikt einfach lösen. Dabei ist es gleichgültig, ob diese Vergrößerung real oder nur nominal ist, solange die Bevölkerung der Geldillusion unterliegt. Dieser Vorgang ist modellmäßig treffend dargestellt worden [BOMBACH 1959].

Wenn die Ansprüche an das Sozialprodukt in Form von Wachstumsraten erhoben werden, so besteht immer noch eine (Pareto-optimale) Lösungsmöglichkeit durch eine Erhöhung von dessen Wachstumsrate.

Wenn hingegen die Ansprüche als Anteile definiert werden, kann durch (reales oder nominelles) Wachstum ein Konflikt nicht aufgelöst werden. Es handelt sich somit um eine Situation des reinen Konflikts, der keine einfachen Lösungen kennt.

Die Form der Ansprüche an das Sozialprodukt sollte dabei nicht als exogen bestimmt angenommen werden, sondern sie wird sicherlich durch die wirtschaftliche Entwicklung induziert. Die Revolutionstheorien, die von der Differenz zwischen Erwartungen und tatsächlicher Entwicklung ausgehen, könnten durch folgende Theorie ergänzt werden: anfänglich sind die Ansprüche absolut definiert, weil bei allen Gruppen das Denken in stationären Zuständen vorherrscht. Bei Wachstum machen die Konfliktparteien aber im Laufe der Zeit einen Lernprozeß durch und formulieren ihre Ansprüche dann in Form von Wachstumsraten. Die Beteiligten erfahren aber auch dann noch, daß sie mehr hätten fordern können, weil das Wachstum sich beschleunigt. Schließlich werden die Ansprüche als Anteile an dem Sozialprodukt erhoben, was den sozialen Konflikt verschärft und möglicherweise zu Regierungswechsel oder Revolution führt.

2. Der Einfluß der Konflikte auf das Wachstum

In der Literatur wird häufig die Ansicht vertreten, daß Konflikte im wirtschaftlichen und sozialen Bereich stimulierend wirken und das Wachstum fördern.¹⁾ Allerdings ist anzunehmen, daß dies nicht für alle Bereiche gilt, sondern daß sehr starke Konflikte wegen der entstehenden Desorganisation das Wachstum bremsen [ADELMAN and MORRIS 1967, S. 45].

1) z.B. COSER 1957, SMELSER 1959.

3. Berücksichtigung beider Einflüsse

Die beiden Einflüsse zwischen Konflikt und Wachstum können vereinigt werden. Die soeben dargestellten Überlegungen über die Verbindung zwischen Konflikten und der Formulierung von Ansprüchen könnten dann z.B. folgendermaßen weitergeführt werden: Wenn die Ansprüche anteilmäßig festgelegt werden, kommt das Wachstum schließlich zum Ende, weil die Konfliktsintensität zu groß wird und gleichzeitig das Wachstum seine Funktion als "Konfliktlöser" eingebüßt hat. Im entstehenden stationären Zustand brauchen jedoch die Forderungen nicht mehr anteilmäßig formuliert zu werden; eine absolute Fixierung erreicht dasselbe. Damit ist wieder der Ausgangspunkt erreicht.

VI. REGIERUNG UND WACHSTUM: EIN VERHALTENSMODELL

1. Einleitung

In diesem Abschnitt wird ein Modell skizziert, das aus einem politischen und wirtschaftlichen Sektor besteht. Die gegenseitige Abhängigkeit zwischen der Regierung und dem Wirtschaftswachstum wird durch zwei Mechanismen dargestellt, nämlich den Einfluß der Wiederwahlwahrscheinlichkeit auf die Investitionspolitik des Staates und den Einfluß der Wachstumsrate auf die Popularität der Regierung. Das Modell ist stark vereinfachend.

Der Regierung wird unterstellt, daß sie an der Macht bleiben will, daß sie also an einer hohen Wiederwahlwahrscheinlichkeit interessiert ist. Als Instrument zur Beeinflussung der wirtschaftlichen Tätigkeit und damit des politischen Erfolges¹⁾ steht ihr die Investitionsquote (im weitesten Sinne also nicht nur des Realkapitals) zur Verfügung, die sie mit Hilfe der Geld- und Fiskalpolitik kontrollieren kann.

2. Die einzelnen Beziehungen

(a) Der politische Sektor

Ausgangspunkt sei eine bestimmte Popularität der Regierung, wie sie heute regelmäßig durch Meinungsforschungsinstitute erhoben wird. Sie gibt die jeweilige Einstellung der Wähler zur Regierung aufgrund der laufenden Ereignisse wieder und ist entsprechend instabil. Es wäre daher verfehlt, sie als Indikator für die Wahrscheinlichkeit der Wiederwahl zu verwen-

1) Daneben stehen natürlich der Regierung auch andere Instrumente zur Beeinflussung des politischen Erfolges zur Verfügung, etwa Propaganda und Zwang, die jedoch wegen der spezifischen Fragestellung hier vernachlässigt werden können [Vgl. etwa ILCHMAN and BHARGAVA 1966].

den.¹⁾ Bei der tatsächlichen Stimmenabgabe wird auch die vergangene Leistung der bestehenden Regierung in Betracht gezogen, wobei weiter zurückliegende Ereignisse stark gewichtet (oder "vergessen") werden. Das Verhalten und der Erfolg der Regierung in der vergangenen Wahlperiode wird vom Wähler berücksichtigt, weil es die fast einzige Information über das zu erwartende zukünftige Verhalten ist. Die Wiederwahlwahrscheinlichkeit einer Regierung²⁾ wird durch das "politische Kapital" bestimmt, das sich aus der Summe der in der Vergangenheit erworbenen Popularität ergibt, vermindert um die Diskontierung zurückliegender Ereignisse. Das "politische Kapital" entspricht also dem Realkapital, das durch Bruttoinvestitionen ("laufende Popularität") vergrößert wird und von dem die Abschreibung ("Vergessen") abgezogen wird.³⁾

Die Beziehungen zwischen der laufenden Popularität (POP), dem "Vergessen" (V), dem "politischen Kapital" (K_{Pol}) und der sich daraus ergebenden Wiederwahlwahrscheinlichkeit der Regierung (W) ist in Fig. 3 grafisch wiedergegeben. POP und W werden beide in Prozenten gemessen, so daß 100 % die oberste Limite bildet.

-
- 1) Vgl. dazu den ausdrücklichen Hinweis bei BERELSON, LAZERSFELD, McPHEE 1954, S. 16/17.
 - 2) Ein ähnliches Konzept wird von LIEFMANN-KEIL 1970 zur Bestimmung der zeitlichen Verteilung vom Parlament verabschiedeter Gesetze über die Legislaturperiode verwendet.
 - 3) Für eine formal exakte Darstellung vgl. B.S. FREY und LAU 1968, wo jedoch eine etwas andere Terminologie verwendet wird.

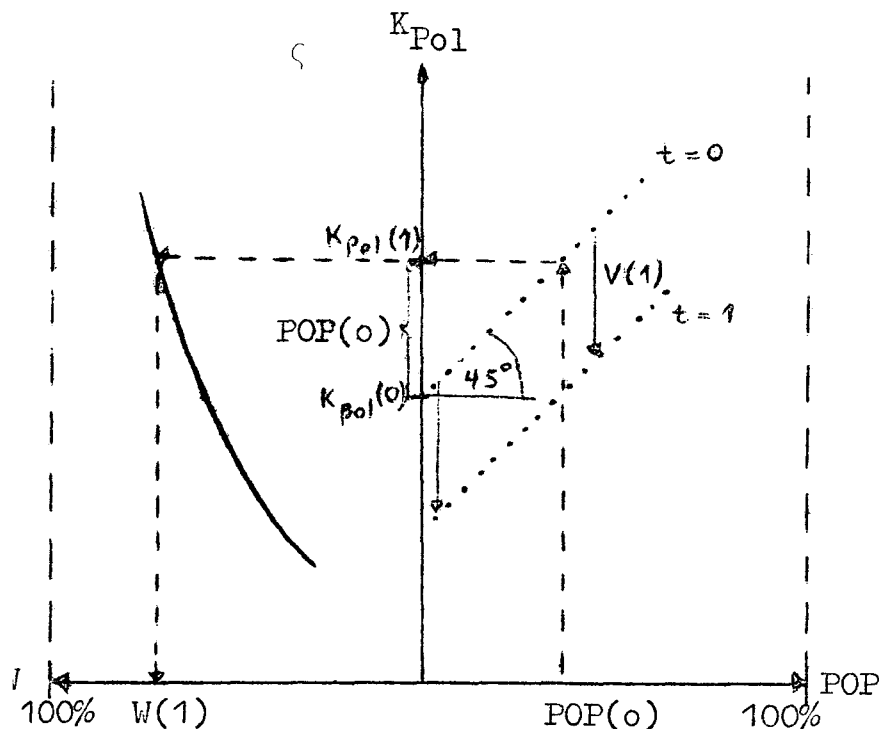


Fig. 3

Im rechten Quadranten wird gezeigt, wie die Popularität des Ausgangszeitpunkts ($t=0$) den "politischen Kapitalstock" vergrößert

$$K_{Pol}(1) = K_{Pol}(0) + POP(0).$$

Im linken Quadranten ist ersichtlich, welche Wiederwahlwahrscheinlichkeit daraus für die Periode $t = 1$ folgt. Die über den wirtschaftlichen Sektor (hier noch nicht gezeigt) erzeugte Popularität in $t = 1$ sieht sich einem durch das Vergessen $V(1)$ inzwischen verminderten "politischen Kapital" gegenüber. Dieser Kapitalstock vergrößert sich also lediglich - und damit steigt auch die Wiederwahlwahrscheinlichkeit nur -, wenn die neu hinzukommende Popularität die inzwischen vergessenen Erfolge der Regierung überkompensieren kann.

(b) Der Einfluß der Wiederwahlwahrscheinlichkeit auf den Zeithorizont

Je wahrscheinlicher eine Regierung wiedergewählt wird, von desto größerer Bedeutung ist für sie die nächste Wahlperiode. Eine Regierung, die nicht damit rechnet, an der Macht zu bleiben, braucht sich nicht um die Zeit danach

zu kümmern, da sie ja dann für die Entwicklung nicht mehr verantwortlich gemacht wird. Es ist im Gegenteil in diesem Fall denkbar, daß sie die Wirtschaftslage so steuert, daß in der nächsten Wahlperiode eine Stagnation oder zumindest Rezession auftritt, was von den Wählern der dann regierenden Partei angelastet wird und damit die Chance zu einer Wiederwahl in der übernächsten Periode vergrößert.

Eine Regierung, die sich eine gute Chance ausrechnet, an der Macht zu bleiben, besitzt hingegen einen langen Zeithorizont und wird auch Investitionen unternehmen, die erst langfristig eine Wachstumswirkung entfalten.¹⁾

Die Beziehung hat etwa folgende Form (Fig. 4).

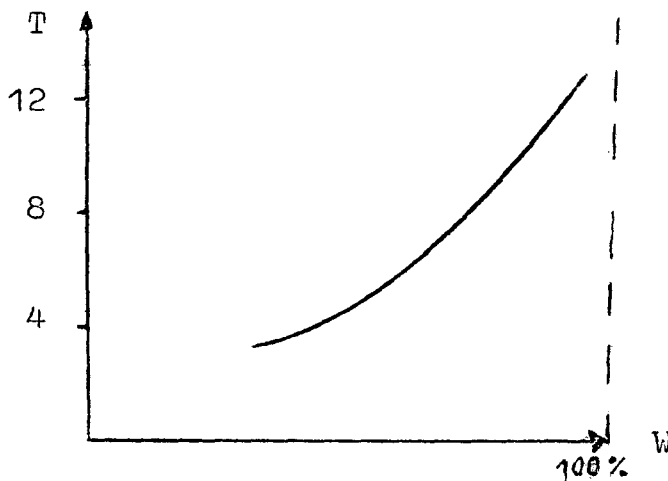


Fig. 4

W = Wiederwahlwahrscheinlichkeit
T = Zeithorizont der Regierung (in Jahren)

1) Die hier entwickelte Verhaltensannahme der Regierung ist der in einem früheren Aufsatz [B.S. FREY 1968] gemachten diametral entgegengesetzt. Dort wurde angenommen, daß eine Regierung, die sich sicherfühlt, keine Vorsorge für die Zukunft trifft, weil im Moment noch alles gutgeht. Beide Annahmen erscheinen nicht unplausibel.

(c) Der wirtschaftliche Sektor

Die Theorie des optimalen Wachstums hat eindeutige Beziehungen zwischen dem Zeithorizont (oder, was gleichbedeutend ist, dem Zeitdiskontfaktor [INAGAKI 1970, S. 61]) und der dazu optimalen Investitionsquote hergestellt. Im Rahmen dieses einfachen Modells soll jedoch nicht auf diese formalen Ergebnisse zurückgegriffen werden, sondern es wird eine heuristische Darstellung verwendet.

Die Regierung versucht (annahmegemäß) die Investitionsquote in jedem Zeitpunkt so festzulegen, daß ihre Wiederwahlwahrscheinlichkeit möglichst groß ist. Bekannt ist ihr, daß ihre Popularität von der gerade erzielten Wachstumsrate des Konsums abhängt (vgl. dazu (d)).

Eine Regierung mit kurzem Zeithorizont wird eine niedrige Investitionsquote wählen, weil sie von Investitionen, die ja erst in der Zukunft Früchte tragen, keinen Nutzen hat. Ihr wichtigstes Bestreben liegt darin, die kurzfristige Wachstumsrate des Konsums zu steigern, um damit bei den Wählern unmittelbar einen Popularitätserfolg zu erzielen. Durch Substitution der Produktion von Investitions- zu Konsumgütern - d.h. durch eine Senkung der Investitionsquote - kann dies für eine kurze Zeitspanne erreicht werden.

Eine Regierung mit langem Zeithorizont wird eine hohe Investitionsquote festsetzen, weil sie erwartet, daß sie auch in der Zukunft an der Macht ist und daher auch auf Wachstum in der Zukunft angewiesen ist. Wegen der dadurch erfolgenden kurzfristigen Reduktion der Wachstumsrate des Konsums vermindert sich zwar ihre laufende Popularität und damit die Wahrscheinlichkeit eines Wahlgewinns in der nächsten Periode. Dieser Verlust wird aber durch die

höhere Wiederwahlwahrscheinlichkeit in späteren Wahlen aufgewogen. Jede Regierung steht also vor einem klassischen Optimierungsproblem zwischen gegenwärtigem und zukünftigem Nutzen (in Form der Überlebenschance). Im Gegensatz zur herkömmlichen Theorie des optimalen Wachstums ist aber der Zeithorizont (oder äquivalent die Diskontrate) nicht mehr von außen vorgegeben, sondern ergibt sich aus dem Modell selbst.

Die Beziehung zwischen der für die Regierung optimalen Investitionsquote in Abhängigkeit vom Zeithorizont ist in Fig. 5 abgebildet.

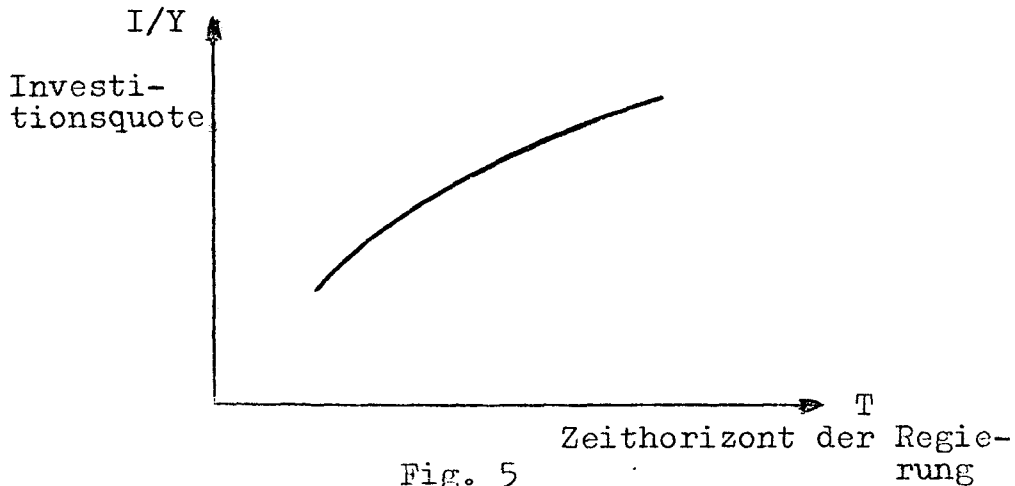


Fig. 5

Fig. 6 stellt den kurzfristigen Zusammenhang zwischen der Investitionsquote und der Wachstumsrate des Konsums (g_c) dar. Es wird davon ausgegangen, daß in der betrachteten Periode der Kapazitätseffekt der Investitionen noch nicht wirksam ist.

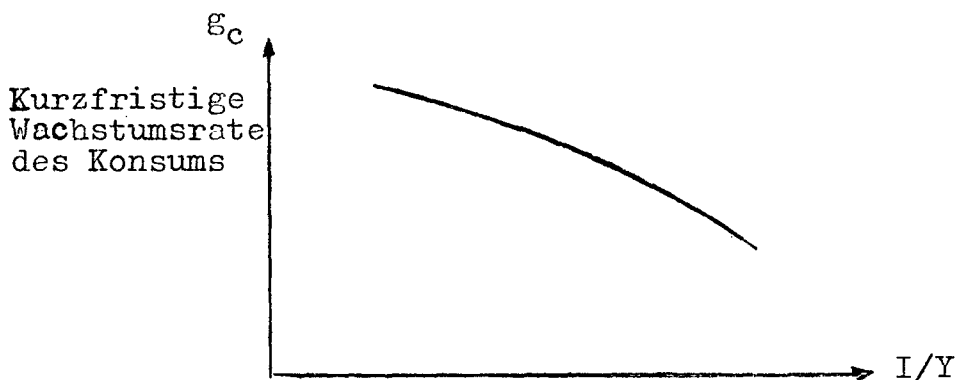


Fig. 6

(d) Der Einfluß des Wachstums auf die Popularität

Die laufende Popularität der Regierung wird durch die kurzfristige Wachstumsrate des (Pro-Kopf)-Konsums positiv beeinflusst. Es lassen sich einige Argumente anführen, warum nicht das Niveau (des Konsums oder vielleicht auch des Einkommens [vgl. KRAMER 1971]), sondern dessen Zuwachsrate die Popularität der Regierung bestimmt. Das wichtigste ist wohl, daß die Wähler in Industriestaaten sich an das Wachstum gewöhnt haben, daß also nur eine Veränderung der Zuwachsrate als etwas Besonderes registriert wird, das sie veranlassen könnte, ihre Regierung anders einzuschätzen. Der Zusammenhang ist in Fig. 7 wiedergegeben.

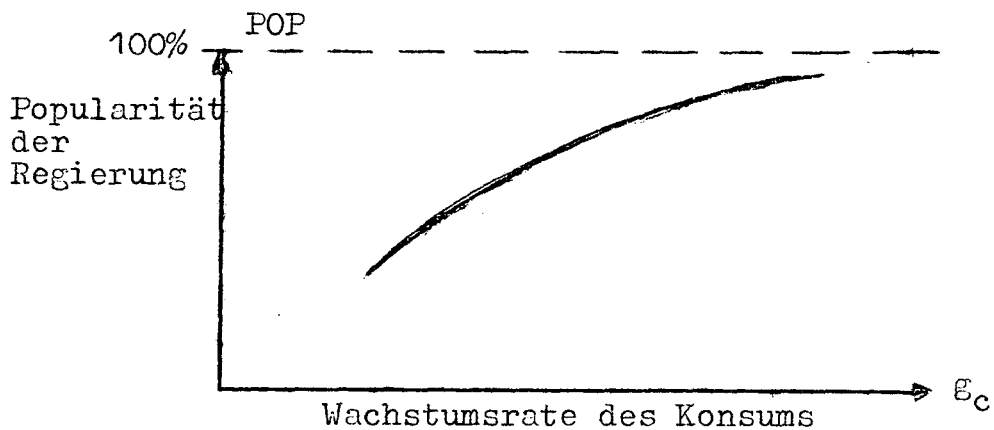


Fig. 7

3. Das Gesamtmodell

Die einzelnen Bestandteile des Modells (Fig. 3-7) können nun zusammengefügt werden. Eine der verschiedenen möglichen Darstellungen ist in Fig. 8 wiedergegeben.

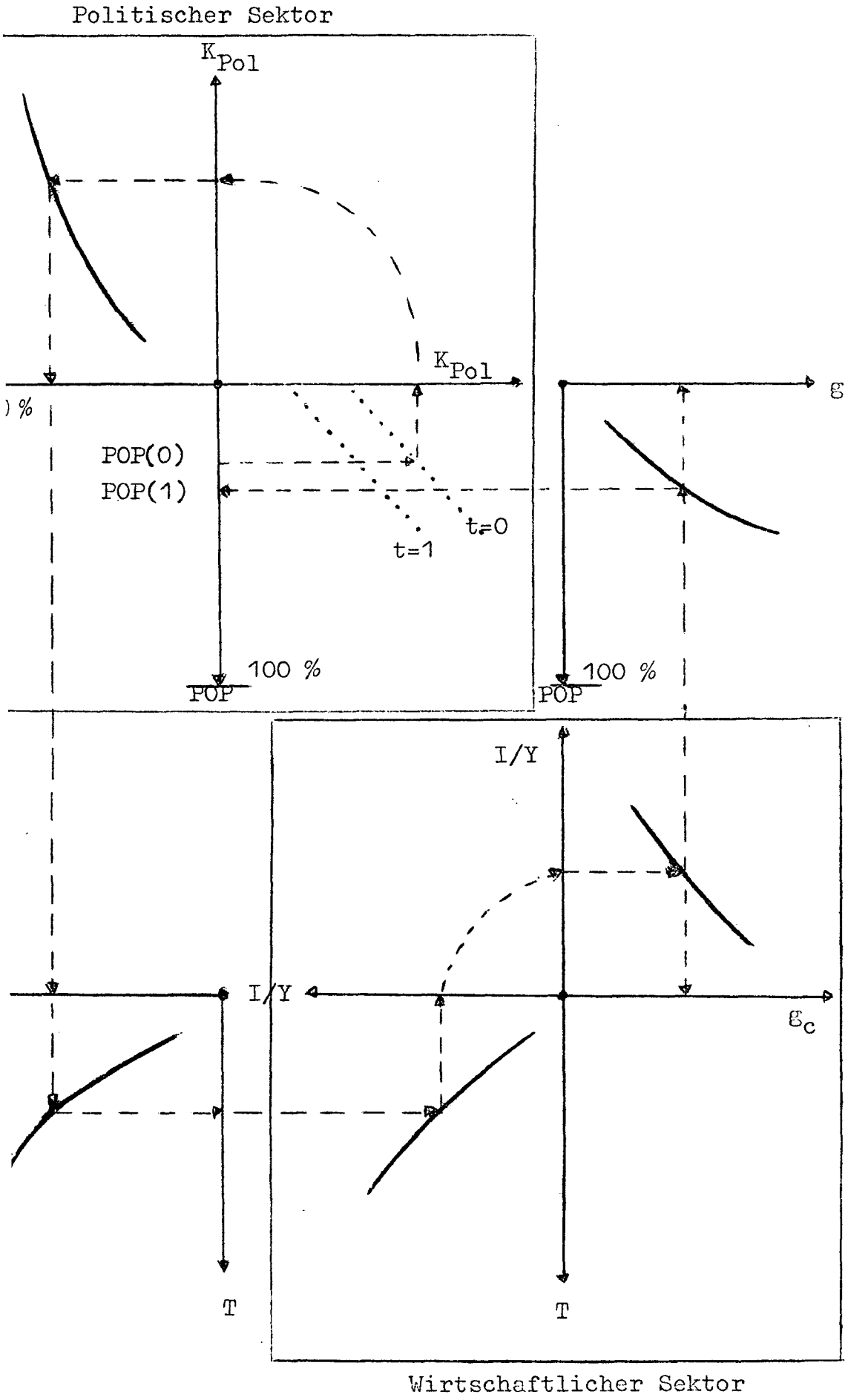


Fig. 8

4. Interpretation des Modells

Wie aus dieser Figur ersichtlich ist, beschreibt das Modell einen fortlaufenden Prozeß, solange nicht ein Gleichgewicht erreicht ist, in dem alle Variablen konstant bleiben. Aus der Grafik (Fig. 8) läßt sich ein stabiles Gleichgewicht als wahrscheinlich vermuten, weil eine negative Rückkopplung im Modell enthalten ist, die den Prozeß zum Gleichgewicht zurückzubringen tendiert:

Bei niedriger Wiederwahlwahrscheinlichkeit versucht die Regierung durch eine niedrige Investitionsquote zu erreichen, daß ihre Popularität steigt und damit die Überlebenschance sich vergrößert. Umgekehrt wird eine Regierung, die sich sicher an der Macht fühlt, das zukünftige Wachstum durch Gegenwartsinvestitionen zu fördern suchen und damit die Wiederwahlwahrscheinlichkeit verringern. Das politisch-wirtschaftliche System reguliert sich also selbst, indem bei einer Abweichung von der gleichgewichtigen Wahrscheinlichkeit zur Wiederwahl Kräfte wirksam werden, die das System stabilisieren.

Eine dauernde Erhöhung der Wahrscheinlichkeit an der Macht zu bleiben ist jedoch möglich, wenn das "Vergessen" des in der Vergangenheit angesammelten "politischen Kapitals" im Vergleich zur Erhöhung durch die laufende Popularität gering ist. Umgekehrt ist es denkbar, daß eine Regierung trotz maximaler Förderung des kurzfristigen Konsumwachstums ihre Popularität nicht soweit steigern kann, daß der Verlust durch "Vergessen" kompensiert wird, das "politische Kapital" dauernd schrumpft, und über kurz oder lang die Regierung abgewählt wird.

Die beiden dauernden Ungleichgewichtsprozesse in eine Richtung sind nicht symmetrisch. Eine Regierung mit schlechten Wahlaussichten kann ihre Popularität durch Verminderung der Investitionsquote nur kurzfristig und einmalig erhöhen. Wenn die Investitionsquote jedoch ihr Minimum erreicht hat,

ist diese Möglichkeit vertan, und dann sinken die Wiederwahlchancen (bei gleicher Vergessensrate) kontinuierlich weiter. Selbst wenn die Wiederwahl (trotz niedriger Wahrscheinlichkeit) gelingt, ist die Regierung mit einer durch sie in der Vergangenheit selbst bewirkten niedrigen Wachstumsrate belastet, was die zukünftigen Wahlaussichten verschlechtert. Dieses Manko muß sie durch eine anfänglich hohe Investitionsquote zu überwinden suchen, die sie vor den Wahlen wieder abbauen kann. Es ist nach dem Modell also zu erwarten, daß ein politisches System, in dem die Regierung nur immer knapp wiedergewählt wird, *cet. par.* größere Wachstumsschwankungen (des Konsums) aufweist als solche, in denen die Regierung langfristiger denken kann.

5. Schlußbemerkungen zum Modell

Das entwickelte Modell unterscheidet sich von den bisherigen Ansätzen dadurch, daß der politische und der wirtschaftliche Sektor gleichberechtigt nebeneinanderstehen, und nicht etwa der eine nur ein Anhängsel des anderen ist. Die Regierung wird insofern realistisch eingeführt, als sie nicht das Gesamtwohl der Gesellschaft zu maximieren trachtet, sondern nur ihren Eigennutzen (Wiederwahl). Die sich aus dem Modell ergebende Wachstumsrate ist daher auch nicht normativ zu interpretieren, sondern dient nur als mögliche Erklärung des tatsächlichen Wachstums.

Gegenüber den Modellen optimalen Wachstums unterscheidet sich vorliegender Ansatz auch dadurch, daß der Zeithorizont (oder die Diskontrate) nicht als unerklärte Größe vorgegeben wird, sondern endogen erklärt wird.

Wie bereits erwähnt, können andere Verhaltensannahmen über die Regierung zu anderen Beziehungen und damit anderen Ergebnissen führen. Dies ist ein Hinweis darauf, daß das Verhalten einer Regierung so-

wohl theoretisch als auch empirisch besser erforscht werden sollte.

VII. AUSBLICK

In diesem Aufsatz konnten nur einige der unmittelbaren Beziehungen zwischen Politik und Wachstum anhand der bestehenden Literatur und anhand eigener Ansätze dargestellt werden. Daneben gibt es eine große Anzahl von indirekten Beziehungen, die das Verhältnis von Politik und Wachstum beeinflussen. So werden etwa Inflation, Einkommensverteilung und Beschäftigung durch das Wirtschaftswachstum beeinflusst und sind gleichzeitig wichtige Bestimmungsgründe des Wachstums. Wie die diskutierten empirischen Untersuchungen bestätigen, sind alle drei aber auch Determinanten der Popularität einer Regierung und sind ihrerseits wiederum durch politische Maßnahmen beeinflussbar. Die hier diskutierte gegenseitige Abhängigkeit von Politik und Wachstum ist somit nur ein Ausschnitt aus einem großen Bereich, der zur Erforschung weit offensteht.

LITERATUR

- ADELMAN, I. and MORRIS, C.T. (1967)
Society, Politics and Economic Development.
A quantitative Approach. Baltimore.
- ADELMAN, I. and MORRIS, C.T. (1968)
An Econometric Model of the Socio-Economic and
Political Change in Underdeveloped Countries.
American Economic Review 58.
- ÅKERMAN, JOHAN (1947)
Political Economic Cycles. *Kyklos* 1.
- CARLSSON, GÖSTA (1965)
Time and Continuity in Mass Attitude Change:
The Case of Voting.
Public Opinion Quarterly 29.
- CHADWICK, RICHARD D. (1970)
A Partial Model of National Political-Economic Systems:
Evaluation by Causal Influence.
Journal of Peace Research.
- COLEMAN, JAMES S. (1960)
The Political System of Developing Areas.
In: ALMOND and COLEMAN (eds),
The Politics of Developing Areas. Princeton.
- COSER, LEWIS A. (1957)
Social Conflict and the Theory of Social Change.
British Journal of Sociology.
Abgedruckt in: DREITZEL (Hrsg.)
Sozialer Wandel. Neuwied und Berlin 1967
- BARAN, PAUL H. (1966)
Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums.
Neuwied und Berlin.
- BARAN, P.A. and SWEEZY, P.M. (1968)
Monopoly Capitalism.
Penguin. London.
- BARRY, BRIAN M. (1970)
Sociologists, Economists and Democracy.
London.
- BEAN, LOUIS H. (1940)
Ballot Behavior. A Study of Presidential Elections.
Washington.
- BEAN, LOUIS H. (1948)
How to Predict Elections.
New York.
- BERELSON, B., LAZERSFELD P., McPHEE, W. (1954)
Voting.
Chicago and London

- BERNHOLZ, PETER (1966)
Economic Policies in a Democracy.
Kyklos 19.
- BHADURI, AMIT (1969)
On the Significance of Recent Controversies on
Capital Theory: A Marxian View.
Economic Journal 79.
- BOMBACH, GOTTFRIED (1959)
Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und
Einkommensverteilung.
Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft
und Statistik 95.
- BOMBACH, GOTTFRIED (1965)
Wirtschaftswachstum.
Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 12
Stuttgart, Tübingen, Göttingen.
- BOULDING, KENNETH E. (1970)
Economics as a Science.
New York.
- BRETON, ALBERT and RAYMOND (1969)
An Economic Theory of Social Movements.
American Economic Review, Papers and
Proceedings 59.
- BRINTON, CRANE (1938)
The Anatomy of Revolution.
New York.
- DAVIES, JAMES C. (1962)
Toward a Theory of Revolution.
American Sociological Review 27.
Abgedruckt in: ZAPF (Hrsg.)
Theorien des sozialen Wandels.
Neue wissenschaftliche Bibliothek.
Köln und Berlin 1969.
- DAVIS, HAROLD T. (1954)
Political Statistics.
Evanston, Ill.
- DOW, J.C.R. (1964)
The Management of the British Economy 1945-60.
Cambridge
- DOWNS, ANTHONY (1957)
An Economic Theory of Democracy.
New York.
- DOWNS, ANTHONY (1960)
Why the Government Budget is too Small in a Democracy.
World Politics 12.
- FREY, BRUNO S. (1968)
Eine politische Theorie wirtschaftlichen Wachstums.
Kyklos 21.

FREY, B.S. und LAU, L.J. (1968)
Towards a Mathematical Model of Government Behaviour.
Zeitschrift für Nationalökonomie 28.

FREY, BRUNO S. (1970a)
Die ökonomische Theorie der Politik oder die
neue politische Ökonomie: eine Übersicht.
Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 126.

FREY, BRUNO S. (1970b)
Optimales Wachstum: Übersicht und Kritik.
Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 184.

FREY, B.S. und GARBERS, H. (1971)
Politico-Econometrics - On Estimation in
Political Economy.
Political Studies 19.

FREY, B.S. und GARBERS, H. (1972)
Der Einfluß wirtschaftlicher Daten auf die
Popularität der Regierung - eine empirische
Analyse.
Erscheint in den Jahrbüchern für National-
ökonomie und Statistik.

FREY, RENÉ L. (1969)
Infrastruktur und Wirtschaftswachstum.
Konjunkturpolitik 15.

FREY, RENÉ L. (1970)
Infrastruktur.
Tübingen und Zürich.

GOODHART, C.A.E. and BHANSALI, R.J. (1970)
Political Economy.
Political Studies 18.

GURLEY, JOHN G. (1953)
Fiscal Policy in a Growing Economy.
Journal of Political Economy 61.

HAGEN, EVERETT E. (1962)
A Framework for Analyzing Economic and Political
Change.
in: ASHEG, HAGEN et.al.
Development of the Emerging Countries.
Washington D.C.

HAHN, F.H. and MATTHEWS, R.C.O. (1964)
The Theory of Economic Growth: A Survey.
Economic Journal 74.

HARCOURT, G.C. (1970)
Reply (to Edward J. Neill).
Journal of Economic
Literature 8.

HESSE, HELMUT (1961)
Der Einfluß des Staates auf die wirtschaftliche
Entwicklung.
Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 117

- HIRSCHMAN, ALBERT O. (1964)
The Stability of Neutrality: A Geometrical Note.
American Economic Review 54.
- HOFFER, ERIC (1951)
The True Believer.
New York.
- HYMER, S. and RESNICK S. (1969)
Interaction Between the Government and the Private Sektor:
An Analysis of Government Expenditure Policy and the
Reflection Ratio.
In: I.G. STEWART (ed.), Economic Development and
Structural Change. Edingburgh.
- ILCHMAN, W.F. and BHARGAVA, R.C. (1966)
Balanced Thought and Economic Growth.
Economic Development and Cultural Change 14.
- INAGAKI, K. (1970)
Optimal Economic Growth:
Shifting Finite Versus Infinite Time Horizon.
Amsterdam and London.
- JOHNSON, HARRY G. (1965)
A Theoretical Model of Nationalism in New
and Developing States.
Political Science Quarterly 80.
- JOHNSON, HARRY G. (ed.) (1967)
Economic Nationalism in Old and New States.
Chicago.
- KALECKI, MICHAEL (1943)
Political Aspects of Full Employment.
Political Quarterly.
- KALTEFLEITER, WERNER (1966)
Wirtschaft und Politik in Deutschland:
Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems.
Köln und Opladen.
- KÖNIG, HEINZ (1968)
Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft.
Neue Wissenschaftliche Bibliothek.
Köln und Berlin.
- KRAMER, GERALD H. (1971)
Short-term Fluctuations in U.S. Voting Behavior 1896-1964.
American Political Science Review 65.
- LAU, L.J. and FREY, B.S. (1971)
Ideology, Public Approval, and Government Behavior.
Public Choice 10.
- LEITES, N. and WOLF, Ch. (1970)
Rebellion and Authority.
Chicago.

- LEWIS, ARTHUR (1956)
Die Theorien des wirtschaftlichen Wachstums.
Tübingen und Zürich.
- LEWIS, ARTHUR W. (1963)
Commonwealth Address.
In: Conference Across a Continent.
Toronto.
- LIEFMANN-KEIL, ELISABETH (1970)
Intertemporale Spillovereffekte und
Öffentlicher Haushalt.
In: Theorie und Praxis des finanzpolitischen
Interventionismus: Fritz Neumark zum 70. Geburtstag.
Tübingen.
- LINDBECK, ASSAR (1970)
Fiscal Policy as a Tool of Economic Stabilization.
Kyklos 23.
- LIPSET, SEYMOUR M. (1959)
Some Social Requisites for Democracy:
Economic Development and Political Legitimacy.
American Political Science Review 53.
- LITTMANN, KONRAD (1957)
Zunehmende Staatstätigkeit und wirtschaftliche
Entwicklung.
Köln, Opladen.
- MADDISON, ANGUS (1964)
Economic Growth in the West.
New York.
- MISHAN, E.J. (1970)
Growth: The Price We Pay.
London.
- MUELLER, JOHN E. (1970)
Presidential Elections and Popularity from
Truman to Johnson.
American Political Science Review 64.
- OECD (1966)
Economic Growth 1960-70.
Paris.
- OGBURN, W.F. and COOMBS, L.C. (1940)
The Economic Factor in the Roosevelt Elections.
American Political Science Review 34.
- OLSON, MANCUR (1963)
Rapid Growth as a Destabilizing Force.
Journal of Economic
History 23.
- PEARSON, T.A. and MYERS, W.I..(1948)
Prices and President.
Farm Economics 163.

- PREISER, ERICH (1965)
Wirtschaftliches Wachstum als Fetisch und Notwendigkeit.
In: Wirtschaftspolitik heute.
München.
- PREST, A.R. (1968)
Sense and Nonsense in Budgetary Policy.
Economic Journal 78.
- RAMSER, HANS-JÜRGEN (1969)
Budgetpolitik und Wirtschaftswachstum.
Schweizerische Zeitschrift für Volkswirt-
schaft und Statistik 105.
- REES A., KAUFMAN, H. ELDERSVELD, S.J. and FREIDEL, F. (1962)
The Effect of Economic Conditions on Congressional Elec-
tions 1946-1958.
Review of Economics and Statistics 44.
- RIESE, HAJO (1970)
Das Ende einer Wachstumstheorie.
Kyklos 23.
- ROSE, KLAUS (1971)
Grundlagen der Wachstumstheorie.
Göttingen.
- SAMUELSON, PAUL A. (1954)
The Pure Theory of Public Expenditure.
Review of Economics and Statistics 36.
- SAMUELSON, PAUL A. (1967)
Economics.
7th ed. New York.
- SEIERSTAD, STÅLE (1969)
A Statistical Study of Political Determinants
for Economics Growth.
Journal of Peace Research.
- SELLERS, CHARLES (1965)
The Equilibrium Cycle in Two-Party Politics:
Public Opinion Quarterly 29
- SEN, AMARTYA K. (1961)
On Optimizing the Rate of Saving.
Economic Journal 71.
- SEN, AMARTYA K. (1970)
Growth Economics.
Penguin Modern Economics Readings.
London.
- SHELL, KARL (ed.) (1967)
Essays on the Theory of Optimal Economic Growth.
Cambridge (Mass.) and London.
- SMELSER, N.J. (1959)
Social Change in the Industrial Revolution.
Chicago.

- SNYDER, W.W. (1970)
Measuring Economic Stabilization.
American Economic Review 60.
- SOLOW, ROBERT M. (1956)
A Contribution to the Theory of Economic Growth.
Quarterly Journal of Economics 70.
- SOLOW, ROBERT M. (1970)
Growth Theory.
Oxford.
- SPENGLER, J.J. (1960)
Economic Development: Political Reconditions
and Political Consequences.
Journal of Politics 22.
- STIGLITZ, J.E. and UZAWA, H. (1969)
Readings in the Modern Theory of Economic Growth.
Cambridge (Mass.).
- STOKES, D.E. and IVERSEN, G.R. (1962)
On the Existence of Forces Restoring Party Competition.
Public Opinion Quarterly 26.
- TANTER, R. and MIDLARSKY, M. (1967)
A Theory of Revolution.
Journal of Conflict Resolution 11.
Abgedruckt in: ZAPF (Hrsg.)
Theorien des Sozialen Wandels.
Neue Wissenschaftliche Bibliothek.
Köln und Berlin 1969.
- TAYLOR, M. (1971)
Mathematical Political Theory: A Survey.
Erscheint in: British Journal of Political Science.
- TIMM, HERBERT (1963)
Staat, Wachstum und Preisniveau.
Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 119.
- VOGT, WINFRID (1968)
Theorie des wirtschaftlichen Wachstums.
Berlin und Frankfurt.
- VOSGERAU, HANS-JÜRGEN (1970)
Wachstumstheorie und reale langfristige Perspek-
tiven der wirtschaftlichen Entwicklung.
In: JOCHIMSEN und SIMONIS,
Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik.
Berlin.
- WAN, HENRY W. (1971)
Economic Growth.
New York.
- WEBER, WILHELM (1967)
Wachstumseffekte der Staatsausgaben.
In: TIMM und HALLER (Hrsg.)
Beiträge zur Theorie der öffentlichen Ausgaben.
Berlin

WILKINSON, T. and HART, H. (1950)
Prosperity and Political Victory.
Public Opinion Quarterly 14.

WILSON, T. (1963)
The Price of Growth.
Economic Journal 73

WITTMANN, WALTER (1965)
Staatliche Aktivität, wirtschaftliche
Entwicklung und Preisniveau.
Zürich.